Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Postbezugsmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 47 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 1

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maffel I oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. zuzügl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366

Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 195 × Donnerstag, 22. August 1935 43. Jahrgang

Bergungsarbeiten am Brandenburger Tor

England und die Frage der Sanktionen – Amerika will jede Waffenausfuhr nach kriegführenden Staaten sperren

Vor Englands Entscheidung

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 21. August

Die gestern angekündigte außerordentliche Sitzung des englischen Kabinetts wird bereits morgen stattfinden. Alle Minister sind telegraphisch und telefonisch nach London gerufen worden. Sie haben unverzüglich ihren Urlaub unterbrochen, und in der morgigen Kabinettssitzung werden, was nicht allzu häufig in England vorkommt, sämtliche Minister anwesend sein. Ob es aber allein bei dieser morgigen Sitzung bleiben wird, ist mehr als unwahrscheinlich. Die auf der Tagesordnung stehenden Fragen sind so schwerwiegend und zugleich so umfassend, daß gewiß weitere Sitzungen notwendig werden.

In langen Unterredungen, die sich über den ganzen gestrigen Tag hingezogen haben, haben Sir Samuel Hoare und Anthony Eden den Bericht für die Kabinettssitzung am Donnerstag vorbereitet. Unter den Besuchern Sir Samuels befand sich der Hohe Kommissar für Australien, Bruce. Bruce ist der Vertreter der englischen Dominions beim Völkerbund. Sein Besuch im Foreign Office zeigt, wie England sich bemüht, sich die Zustimmung der Dominions für alle zu treffenden Maßnahmen zu sichern.

Die Frage der Sanktionen

Die Tagesordnung der Kabinettssitzung umfaßt drei Punkte:

1. Edens Bericht über den Zusammenbruch der Pariser Besprechungen.
2. Englands Haltung auf der Völkerbundssitzung am 4. September.
3. Die Frage der Aufhebung des Waffenausfuhrverbotes nach Abessinien.

Es ist nicht anzunehmen, daß bereits morgen die Frage, ob England sich in Genf für Sanktionen gegen Italien, falls es zum Kriege schreitet, aussprechen wird, endgültig entschieden wird. Im Mai d. J. hat die englische Regierung offiziell die Erklärung abgegeben, daß England seine ihm durch die Völkerbundssatzung auferlegten Verpflichtungen erfüllen werde. Diese Erklärung gilt auch heute noch. Man hat aber von Anfang an in London keinen Zweifel darüber gelassen, daß England diese Verpflichtungen nur dann erfüllen werde, wenn der Völkerbundsrat einstimmig die Anwendung bestimmter Bundesartikel beschließt. Die oppositionellen Parteien fordern durch ihre Presse unbedingt Sanktionen.

Im Kabinett selbst sind aber die Meinungen geteilt. Zwei Gruppen stehen sich im Augenblick noch gegenüber. Beide Gruppen sind sich zwar einig in der Verurteilung des italienischen Vorgehens, nicht aber über die Zweckmäßigkeit von Völkerbundsmaßnahmen. Die eine Gruppe, der insbesondere die extremkonservativen Minister angehören, vertritt, wie die „Morning Post" berichtet, die Ansicht, daß England jetzt alles daran setzen müsse, um den Konflikt zu „lokalisieren". Jede Maßnahme Englands, die den gegenwärtigen Kolonialkonflikt erweitere (oder z. B. Völkerbundssanktionen), müsse zwingend in einem neuen Weltkrieg enden. Der ausgeprägte Vertreter der andern Gruppe ist der Völkerbundsminister Anthony Eden. Diese Gruppe geht von der Ansicht aus, daß Sanktionen keineswegs in einem Kriege endigen müssen, da, wenn der Völkerbund mit der Sanktionsdrohung Ernst mache, der italienische Widerstand gegen eine friedliche Lösung zusammenbrechen werde.

Die Entscheidung liegt bei Baldwin

Das entscheidende Wort liegt bei Baldwin. Baldwin hat im Laufe des gestrigen Tages in Aix-les-Bains, wo er sich zur Kur aufhält, eine mehrstündige Unterredung mit dem ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Robert Vansittard gehabt. Obwohl über diese Unterredung, der natürlich größte Wichtigkeit zukommt, völliges Stillschweigen bewahrt wird, glaubt der Pariser „Times"-Korrespondent einiges über ihren Inhalt mitteilen zu können. Er erwähnt, daß die englischen Delegierten durch die unbedingte Ablehnung aller Vorschläge durch Mussolini aufs höchste überrascht gewesen seien. Nachdem jetzt die Verhandlungen abgebrochen seien, müsse man abwarten, ob der Völkerbundsrat sich jetzt für Sanktionen entscheiden werde. Wenn der Völkerbundsrat, so fährt der „Times"-Korrespondent fort, sich für Sanktionen entscheidet, werden sie in erster Linie passiver, und zwar wirtschaftlicher Art sein. Sie würden vornehmlich in der Abschneidung der Zufuhr von Rohmaterialien und ebenso in der Verweigerung von Krediten, soweit dies bisher noch nicht geschehen ist, bestehen.

Um die Schließung des Suezkanals

Die wirksamste Maßnahme, die man anwenden könnte, um Italien an einer Eroberung Abessiniens zu hindern, nach Ansicht des „Times"-Korrespondenten, wäre die Schließung des Suezkanals bzw. die Verweigerung der Durchfahrt für italienische Schiffe. Ehe aber das getan werden könnte, müsse der Völkerbundsrat den Mächten, die dazu die notwendigen Marinestreitkräfte hätten, nämlich Frankreich und England, das Ausführungsmandat dazu übertragen. Marinetechnisch gesehen, läge eine solche Aufgabe durchaus in den Machtmitteln Englands, wenn es dazu bereit sei. Es könne aber keine Rede davon sein, daß England eine isolierte Aktion unternehmen werde. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist die Haltung Frankreichs auf der kommenden Völkerbundsratssitzung für England von allergrößter Bedeutung. Man rechnet in hiesigen diplomatischen Kreisen damit, daß Frankreich in der Sanktionsfrage zunächst sehr zurückhaltend sein wird, nimmt aber dennoch an, daß eine feste Haltung Englands auf Frankreich nicht ohne Eindruck bleiben wird und daß auch Paris noch völlig in die englische Linie einschwenken werde.

Die Kolonialfrage in neuer Form

Sehr interessant ist dann, was der „Times"-Korrespondent im weiteren Verlauf seines Artikels über die militärischen Aussichten Italiens in Abessinien sagt. Er erklärt: „Die italienische Regierung vertraut auf einen schnellen und leichten Erfolg in Abessinien. Sie nimmt sich anscheinend nicht die Mühe, zu erwägen, daß das Gebiet, wenn es die Mühe der Eroberung lohnte und wenn die Eroberung leicht wäre, wahrscheinlich schon einen Eroberer gefunden hätte. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie den Italienern nach den ersten drei Monaten Krieg zumute ist. Niemand außerhalb Italiens würde sich wundern, wenn ein Feldzug in Abessinien sich 5 oder 10 oder 15 Jahre bei unberechenbaren Kosten hinschleppt. Kann Italien eine Million Mann unter Waffen halten und zahlungsfähig bleiben, sei es während einer solchen Zeit, sei es auch nur während der drei Jahre, die Mussolini angeblich zur Verfügung zu haben glaubt, bevor seine Probemobilmachung zu Hause einer grimmigeren Aufgabe zugewandt werden muß?"

Schließlich kommt der Korrespondent noch auf die großen Schwierigkeiten der Kolonialfragen, die für Europa noch bevorstehen. Er sagt: „Es gibt heute nur wenige britische oder französische Staatsmänner oder Beamte, die leugnen werden, wie unklug die Alliierten gewesen sind, als sie die italienischen Forderungen nach dem Kriege nicht in vernünftiger Weise befriedigten. In Frankreich und anderswo erkennt man jetzt, daß diese Unterlassung und die überflüssige Erwerbung neuer Gebiete durch Mächte, deren Ausdehnungsbedürfnis bereits mehr als befriedigt war, eine schwere Hypothek auf die Zukunft Europas gelegt hat. Das koloniale Problem wird die nächste große Frage sein, der Europa gegenübertreten muß. In Frankreich wie in England gibt es nachdenkliche Leute, die glauben, daß eine Revision der Verteilung der Kolonien früher oder später unvermeidlich ist, und daß diese Revision um so leichter und billiger vonstatten gehen wird, je eher diese Tatsache offen Anerkennung findet."

Dreischichtenwechsel der Pioniere

DNB. Berlin, 21. August. (Durch Funkspruch)

Ueber die Bergungsarbeiten in der Hermann-Göring-Straße fand heute zwischen der Bauleitung der Reichsbahngesellschaft, den beteiligten Leitern der privaten Baufirmen und dem Führer der eingesetzten Truppen, Major Lüdicke, eine Konferenz statt. Der Kommandeur der Pionierabteilung, Major Lüdicke, gab daraufhin Befehl, die Pioniere in einem Dreischichtwechsel einzusetzen. In dem stehengebliebenen Teil des Schachtes nach dem Potsdamer Platz zu soll die Baugrube besonders stark gesichert werden, um die Bergungsarbeiten an dem in unmittelbarer Nähe eingebrochenen Kran durchführen zu können. Der etwa 350 Zentner schwere Greifkran soll dann unten im Schacht abmontiert werden. Bei dieser Arbeit muß man besonders vorsichtig vorgehen, da man vermutet, daß der in den Schacht gestürzte Kran selbst den Einbruch weiterer Erdmassen von der Tiergartenseite aus verhindert hat.

Mit den Pionieren arbeiten augenblicklich Hand in Hand die Arbeiter der Baufirmen, die zur Unglücksstelle herangezogen wurden. Hier wird die Einbruchsstelle terrassenförmig abgedant. Unabhängig von diesen Erdarbeiten sind Pioniere und Spezialarbeiter tief unten in der Grube mit dem Aufschweißen der verklemmten Eisenteile beschäftigt, um zunächst einmal an die verschütteten zwei oder drei Kipploren heranzukommen, unter denen die Vermißten vermutet werden.

Da die Pumpen, die bisher etwa 400 Liter in der Minute aus dem Baukanal in die Spree befördert haben, anscheinend nicht mehr voll arbeiten und sich der Grundwasserspiegel allmählich zu heben droht, wurden von der Berliner Feuerwehr drei Spezialpumpen eingesetzt, die den Grundwasserspiegel zu senken versuchen.

Auf Grund einer Besprechung an der Unglücksstelle, an der Reichsminister Dr. Goebbels und der Leiter der Arbeitsfront, Dr. Ley, teilnahmen, hat sich Dr. Ley entschlossen, in Essen sofort eine Spezialrettungsmannschaft von erfahrenen Ruhrbergleuten anzufordern. Die Rettungsmannschaften sind bereits mit zwei Flugzeugen in Essen gestartet und treffen um 15.30 Uhr auf dem Flughafen Tempelhofer Feld ein. Es sind 16 Mann. Sie führen Spezialrettungsgerät mit sich. Man hofft, daß sie bereits um 15 Uhr zur Bergung der Verschütteten in der Hermann-Göring-Straße eingesetzt werden können.

In der 11. Vormittagsstunde erschien Reichsminister Dr. Frick an der Unglücksstelle und ließ sich eingehend Bericht erstatten über die bisher geleisteten und noch geplanten Bergungsmaßnahmen.

Wie wir erfahren, hat Reichsminister Dr. Goebbels veranlaßt, daß den Familien der Vermißten von der NSV. im Laufe des heutigen Vormittags vorläufig je 1000 Mark ausgezahlt werden, um die erste Not zu lindern. Der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft hat 50 000 Mark zur Verfügung gestellt. Das Befinden der vier Geborgenen ist gut.

Der Führer hilft

× München, 21. August. (Durch Funkspruch)

Der Führer hat an Reichsminister Dr. Goebbels folgendes Telegramm gerichtet:

„In aufrichtiger Trauer bitte ich Sie, den betroffenen Familienmitgliedern der bei der Einsturzkatastrophe Verunglückten meine tiefe Anteilnahme zu übermitteln. Ich wage kaum die Hoffnung zu haben, daß es vielleicht doch noch gelingen wird, bei den Bergungsarbeiten einige der Verschütteten zu retten. Bitte übergeben Sie den unglücklichen Familien zunächst von mir aus die Summe von 30 000 Mark. Adolf Hitler."

(Siehe auch die Meldungen auf Seite 10)

„Das ernsteste Problem seit 1914"

Eine Erklärung Macdonalds

DNB. London, 21. August. (Durch Funkspruch)

Zur Vorbereitung der morgigen Kabinettssitzung tagte am Mittwochvormittag in der Downing Street der Auswärtige Ausschuß der Regierung unter dem Vorsitz von Ramsay Macdonald, der am frühen Morgen in London eingetroffen war. Bei seiner Ankunft in London erklärte Macdonald einem Pressevertreter, er wisse noch nicht, ob er nach Abschluß der Kabinettsberatungen wieder in seine schottische Heimat zurückkehren könne. Alles hänge von der Entwicklung der Lage ab. „Ich sehe", so fügte er hinzu, „die gegenwärtige Lage als das ernsteste Problem an, das England seit 1914 zu lösen gehabt hat. Es ist eine sehr ernste Lage."

In einer Reutermeldung aus Genf wird erklärt, man hoffe dort, daß das britische Kabinett die Abhaltung einer Sondertagung des Genfer Rates in der nächsten Woche vorschlagen werde, anstatt bis zum 4. September zu warten. Im Hinblick auf die Möglichkeit einer Kriegserklärung würde eine Zeitersparnis von einer Woche von ungeheurem Wert sein.

(Siehe auch die Meldungen auf Seite 2)

Um Memel

Nach Meldungen aus Kowno hat die litauische Regierung den Truppen, die am 29 September im Memelgebiet stehen, das Recht gegeben, an den Wahlen zum Memellandtag teilzunehmen. Die litauische Regierung fürchtet die Neuwahl des Memellandtags wie das höllische Feuer. Die Zeit nach der Verkündung des Wahltermins, den die litauische Regierung auch nur der Not und nicht dem eigenen Triebe gehorchend schließlich doch ansetzte, war angefüllt mit einer Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen, die man in ihrer Wirkung nicht anders als die Vorbereitung einer Wahlfälschung von größtem Ausmaß kennzeichnen kann. So ist man mit den Aenderungen zum Gesetz über die Wahl zur litauischen Volksvertretung und zum memelländischen Landtag bestrebt gewesen, durch entsprechende Bestimmungen über die Zusammensetzung der Wahlvorstände Einfluß auf den Wahlgang zu erhalten und den im Memelstatut ausdrücklich festgelegten Grundsatz der Geheimhaltung der Wahl — drücken wir uns vorsichtig aus — „etwas aufzulockern". Die freie Meinungsäußerung des Memelvolks, die ohnehin nur noch in sehr, sehr engem Rahmen möglich war, ist weiter eingeschränkt worden. Die Deutschen sind nicht imstande, die Wahlen zu ihrem Landtag in der üblichen Weise durch Zeitungs- und Versammlungspropaganda vorzubereiten.

Wem diese Mitteilungen etwa „gefärbt" erscheinen, der lese den heutigen Leitartikel der Londoner „Times", der sich ganz ausführlich mit der Situation im Memellande beschäftigt und zu genau den gleichen Ergebnissen kommt. Die „Times" stellen fest, es könne kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß einige der neuen Wahlordnungen bewußt gegen die Interessen der deutschen Memelländer getroffen wurden. In Memel sei man davon überzeugt, daß die litauische Regierung alles nur Menschenmögliche tun werde, um zu verhindern, daß die deutschen Parteien im Landtag die Mehrheit, die sie bisher innegehabt hätten, wiedergewönnen. Die „Times" weisen dann darauf hin, daß das gesamte Memelgebiet „geradezu vollgepfropft sei mit Litauern", denen man den Erwerb der Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht ganz besonders erleichtere. Die „Times" sind der Ansicht, daß Tausende von derartigen „Zugvögeln" bis zum 29. September in die Wahllisten eingetragen sein würden, obwohl manche von ihnen nicht einmal das Recht hätten, im eigentlichen Litauen zur Wahl zu gehen. Zu gleicher Zeit aber beraube man die Memelländer unter den fadenscheinigsten Vorwänden ihrer Pässe und damit auch automatisch ihres Wahlrechts. Die „Times" fassen ihr Urteil in die Worte zusammen: „Wenn die litauischen Pläne erfolgreich sind, so wird das gegenwärtige litauische Direktorium ohne Zweifel eine Mehrheit im nächsten Landtag haben, aber dies wäre dann lediglich ein Hohn auf die ursprünglichen Absichten des Memelstatuts".

Mit dem Stimmrecht, das den im Memellande anwesenden litauischen Soldaten erteilt wurde, hat man jetzt diesen Versuchen zur Verfälschung des Wahlrechts die Krone aufgesetzt. Die litauische Regierung hat es nun in der Hand, die Zahl der litauischen Stimmen durch entsprechende Truppenentsendungen ins Memelgebiet nach Belieben zu vermehren. Die Soldaten sind natürlich Litauer und fast ohne Ausnahme der deutschen Sprache nicht mächtig, ja, in sehr vielen Fällen sogar des Lesens und Schreibens unkundig. Sie sollen nach dem Willen der Kownoer Regierung über das Geschick des Memellandes mitbestimmen. Mit ihren Stimmen wird das Parlament gewählt, das nach der ausdrücklichen und klaren Weisung der Memelkonvention die Vertretung der Bevölkerung des Memellandes sein soll.

Wir haben den Eindruck, daß man in Kowno den Zeitpunkt für die Bekanntgabe dieser eigenartigen „Wahlnovellen" nicht ohne Vorbedacht und sorgfältige Ueberlegung gewählt hat. In Kowno hat man von jeher sehr aufmerksam nach dem Westen geschaut, ehe man die großen Schläge gegen das Selbstbestimmungsrecht des Memeldeutschtums vollführte. Diesmal hofft die litauische Regierung offensichtlich, daß die Signatarmächte, England, Frankreich und Italien, so stark durch die abessinische Frage in Anspruch genommen sind, daß sie den Vorgängen im Memelgebiet nicht die notwendige Aufmerksamkeit schenken und keine Neigung haben, ihre in der Memelkonvention feierlich beschworenen Pflichten allzu ernst zu nehmen. Die Signatarmächte meint man in Kowno um so weniger fürchten zu müssen, als die Besprechungen über den abessinischen Streit Zwistigkeiten unter ihnen hervorgerufen haben. Es läßt sich nicht verkennen, daß der Wert internationaler, auf den Gedanken des Völkerbundes gestützter Abmachungen noch weiter sinken würde, wenn Litauen mit dieser zynischen Spekulation recht behalten sollte. Darüber müssen sich die Signatarmächte auf jeden Fall im klaren sein. Dr. F.